

**Stellungnahme der VERBUND AG
zum Entwurf der
Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018
geändert wird (SNE-V 2018 - Novelle 2019)**

Hauptanliegen von VERBUND:

- Ablehnung der Arbeitskomponente des Netznutzungsentgelts für Pumpspeicher
- Grundsätzliche Entlastung der Stromerzeuger von Netzentgelten
- Anerkennung der Sonderrolle von Anlagen, die der Netzstützung dienen. Unvorhersehbare Zusatzkosten für Ausgleichsenergie müssen Berücksichtigung finden

Generelle Anmerkungen von VERBUND:

Positiv sehen wir, dass der Entwurf zur SNE-V 2019 beim Systemdienstleistungsentgelt eine Entlastung der Erzeugung vorsieht. Ursächlich ist das Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem, ABl. Nr. L312 vom 28.11.2017. Es können im Rahmen des Systemdienstleistungsentgelts nur noch Kosten für die Bereithaltung der Leistung berücksichtigt werden.

Im Bereich der Pumpspeicher aber soll es beim Netznutzungsentgelt zu einer Anhebung der Arbeitskomponente kommen. Dieser neuerliche Anstieg der Netzkosten für die Pumpspeicher, nach der massiven um 170 % im Vorjahr, negiert deren enorme Bedeutung für das österreichische Energiesystem.

Infolge ihrer tariflichen Doppelbelastung sind Pumpspeicher jene Erzeugungsanlagen, die im Gegensatz zu allen anderen Erzeugungsanlagen, 2019 nicht entlastet sondern in toto stärker tariflich belastet werden. Dies beeinträchtigt die Wirtschaftlichkeit der Anlagen erheblich, schränkt auch ihre Fahrweise ein und führt zu einem Wettbewerbsnachteil gegenüber ausländischen Mitbewerbern, die in der Regel bedeutend geringere Netzkosten zu tragen haben. Wir empfehlen daher, auch im Sinne der Empfehlungen der #mission2030, eine generelle Befreiung der Pumpspeicher von entnehmerseitigen Netzentgelten.

Ebenso muss die Rolle von Kraftwerksanlagen, die der Netzstützung dienen, Beachtung finden. Unvorhersehbare Zusatzbelastungen, die sich aus den Änderungen aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 ergeben und die aus einem Ansteigen der Kosten für Ausgleichsenergie resultieren können, müssen von Seiten der ECA in der Kostenerstattung Berücksichtigung finden.

Im Detail nimmt VERBUND wie folgt Stellung:

Zu § 5 (1) Z 8 Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke

Seit 1. Jänner 2009 werden Pumpspeicherkraftwerke nicht nur als Erzeuger, sondern auch als Entnehmer qualifiziert und somit doppelt mit Netzentgelten belastet. Pumpspeicher, auch Bestandsanlagen, sollten von entnehmerseitigen Netznutzungsentgelten befreit werden, denn ihre außerordentliche systemdienliche Bedeutung, sei es nun im Rahmen der Regelenenergie, sei es für das Redispatch oder sei es bei Lastdeckungsproblemen, ist hinlänglich bewiesen und wird in Zukunft sogar noch zunehmen.

Das Netznutzungsentgelt (Arbeitskomponente) für PSKW soll laut Entwurf von derzeit 2,33 €/MWh auf 2,61 €/MWh angehoben werden (analog zur der Anhebung der Arbeitstarife auf der Netzebene 1 - Nettoarbeit). Damit wird die Wirtschaftlichkeit dieser für das Stromsystem zentralen Anlagen weiter geschwächt, nachdem es bereits 2018 zu einer massiven Anhebung des Arbeitsentgelts für Pumpstrom gekommen war. 2017 betrug diese Tarifkomponente noch 0,85 €/MWh. Diese Trend muss unbedingt gestoppt werden und diese neuerliche Erhöhung des NNE für PSKW wird dezidiert abgelehnt. Es wird jedoch anerkannt, dass es bei Erbringung von Regelenenergie zu einer Gleichbehandlung der Anbieter kommt.

Grundsätzlich ist anzumerken: Alle Speicher sollen von der Zahlung der entnehmerseitigen Netzentgelte befreit werden, weil es sich bei der Entnahme aus dem Netz und späteren Rückspeisung in das Netz keineswegs um einen klassischen Endverbrauch handelt, sondern um einen systemdienlichen Prozess der zeitlich verschobenen Anpassung der Stromerzeugung an den Stromverbrauch. Eine diesbezügliche Klarstellung in den Begriffsdefinitionen des EIWOG ist dringend erforderlich. Damit kann auch eine Vorgabe der Österreichischen Energiestrategie („Speicher sollen von Endverbrauchergebühren befreit werden ...“ #mission2030, S. 37) erfüllt werden. In jedem Fall ist zwischen den einzelnen Speichertechnologien für ein level-playing-field zu sorgen.

Zu § 6 Netzverlustentgelt

Die Belastung von Stromerzeugern mit Netzverlustentgelten wirkt sich negativ auf die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromerzeuger aus. Derzeit ist das Verlustentgelt aufgrund seiner Pauschalität weder verursachungsgerecht noch setzt es ökonomisch effiziente Anreize zur Verlustminimierung in Hinblick auf Standortwahl und Kraftwerkseinsatz. Daher und aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit im europäischen Binnenmarkt ist eine Integration des Netzverlustentgelts in das Netznutzungsentgelt sinnvoll.

Zu § 8 Bestimmung des Systemdienstleistungsentgelts

Positiv ist zu sehen, dass der Entwurf zur SNE-V 2019 beim Systemdienstleistungsentgelt eine Entlastung der Erzeugung vorsieht. Ursächlich ist das Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem, ABl. Nr. L312 vom 28.11.2017. Es können im Rahmen des Systemdienstleistungsentgelts nur noch Kosten für die Bereithaltung der Leistung berücksichtigt werden.

Zudem ist aufgrund der VO (EU) Nr. 2017/2195 ein Mindestpreis für Ausgleichsenergie im Verhältnis zur Regelernergie einzuführen (somit wird in Zukunft der Preis der Regelernergie immer unter dem der Ausgleichsenergie liegen). Damit soll einerseits in diesem Bereich Spekulation mit Ausgleichsenergie verhindert werden und andererseits ein Anreizsystem geschaffen werden, das die Marktteilnehmer zur Bilanztreue anhält.

Unter den oben genannten Prämissen scheint es sinnvoll und notwendig die Kosten für Regelleistung zukünftig dem Netznutzungsentgelt zuzurechnen. Wenn sowohl Mehr- als auch Mindererlöse aus der Ausgleichsenergieverrechnung über das Netznutzungsentgelt abgerechnet werden, wirkt dies marktneutral, weil kein Marktakteur (Erzeuger, Händler, Lieferant) einen Wettbewerbsvorteil aus seinem individuellen Verhalten generieren kann. Vorteile aus Mehrerlösen werden aufgrund des Mindestpreises an den Endverbraucher weitergegeben. Zur Abfederung des regulatorisch bedingten Risikos aus der Mindestpreisvorgabe (eine Vielzahl von Lieferverträgen hat dafür keine Vorsorge getroffen) sollen Mehr- bzw. Mindererlöse bis zum Inkrafttreten einer solchen gesetzlichen Regelung den Lieferanten zugerechnet werden.

Ebenso muss die Rolle jener Anlagen, die der Netzstützung dienen, Beachtung finden. Unvorhersehbare Zusatzkosten, die sich bspw. beim ramping up/down aus den Änderungen aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 ergeben und die aus einem Ansteigen der

Kosten für Ausgleichsenergie resultieren können, müssen in der Kostenerstattung Berücksichtigung finden.

Kontakt:

Wien, November 2018

VERBUND AG
Mag. Roland Langthaler
Am Hof 6a, 1010 Wien
Tel: +43 (0)50313-53116
e-mail: roland.langthaler@verbund.com
www.verbund.com